

museums magazin

4.2014

2 € ISSN 1433-349X

www.museumsmagazin.com



Immer bunter

Einwanderungsland Deutschland
Neue Ausstellung im Haus der Geschichte

Unter Druck!
Medien und Politik
Neue Ausstellung in Leipzig



intro

Was die Politik lange nicht aussprechen wollte, ist längst Realität: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Millionen von Menschen mit ausländischen Wurzeln prägen und gestalten unsere Gesellschaft mit ihren Traditionen, ihrer Religion, Musik, Kleidung und Esskultur. Die neue Wechselausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“, die vom 10. Dezember 2014 bis zum 9. August 2015 im Haus der Geschichte zu sehen ist, fragt nach den Erfahrungen von Einwanderern in Deutschland – nach ihren Geschichten, Träumen und Ängsten –, aber auch nach den vielfältigen Reaktionen der Aufnahmegesellschaft. Von der Gastarbeiteranwerbung bis zum Zuwanderungsgesetz – mit welchen individuellen Erfahrungen und Perspektiven verbindet sich Migration im geteilten und wiedervereinigten Deutschland? Wo finden Partizipation und Integration erfolgreich statt und wo herrschen Defizite? Anhand von spannenden Objekten spürt die Ausstellung den unterschiedlichen Sichtweisen auf Zuwanderung und Zusammenleben nach.

Farbenfroh und abwechslungsreich – so sieht der Winter 2014 an allen Standorten der Stiftung aus. Fünf attraktive Wechselausstellungen präsentieren ein breites Spektrum an Themen, aussagekräftigen Objekten und fesselnden Geschichten. Erste Einblicke gewinnen Sie in unserem *museumsmagazin*. Ob in Bonn, Leipzig oder Berlin – wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Dr. Hans Walter Hütter
Präsident und Professor



Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Stiftungspräsident Hans Walter Hütter vor dem Tränenpalast in Berlin, wo sie am 17. September 2014 das neue Lebendige Museum Online (LeMO) freigeschaltet haben.

Zum Thema Gastarbeiter schuf der Bildhauer Guido Messer 1982 die Bronzeskulptur „Der Ausländer“. Die Figur wurde 1989 am Bahnhof Stuttgart-Obertürkheim als „Der Reisende“ aufgestellt und gelangte anschließend in die Dauerausstellung des Hauses der Geschichte in Bonn.

inhalt



6 Immer bunter
Einwanderungsland Deutschland

22 Jugend debattiert im Bundesrat

30 Unter Druck! Medien und Politik

imfokus

6 Immer bunter.
Einwanderungsland Deutschland
Ab dem 10. Dezember 2014:
neue Ausstellung im Haus der Geschichte

12 In neuer Verfassung
Kurswechsel in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik

14 Der Gastarbeiter Lorenzo Anese
Ein Leben zwischen Alberobello und Bokensdorf

16 „In der Integrationspolitik herrscht
Ratlosigkeit“
Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky
über Integrationsprobleme

inbonn

20 Festakt oder Picknick?
Deutsche Gedenktage
Ausstellungseröffnung in Bonn

22 Mit Anzug und Pausenbrot
Jugend debattiert im Bundesrat Bonn

23 Sollen Ausländer wählen dürfen?
Schüler simulieren Bundsratsdebatte

imbesonderen

24 Das Ende der Treuhandpolitik
Interview mit Theo Waigel

inleipzig

26 Schamlos? Sexualmoral im Wandel
Historischer Rückblick auf Sexualität und Partnerschaft

30 Unter Druck! Medien und Politik
Neue Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig

inberlin

32 Vorhang auf für das neue LeMO!
Das Lebendige Museum Online präsentiert
deutsche Geschichte im Netz

34 inkürze

38 inzukunft/impressum

39 imbilde

inaussicht

inbonn



Immer bunter
Einwanderungsland Deutschland
Haus der Geschichte, Bonn
10.12.2014–9.8.2015



Festakt oder Picknick?
Deutsche Gedenktage
Haus der Geschichte, Bonn
3.10.2014–6.4.2015

Immer bunter
Einwanderungsland Deutschland
Ausstellungseröffnung mit Staatsministerin
Prof. Monika Grütters
Musik: Kent Coda und Elektro Hafiz
Haus der Geschichte, Bonn
9.12.2014, 19:30 Uhr, für geladene Gäste

Kruso
Buchvorstellung und Gespräch
mit dem Autor Lutz Seiler
(Deutscher Buchpreis 2014)
In Kooperation mit dem Literaturhaus Bonn
Haus der Geschichte, Bonn
21.1.2015, 19:30 Uhr

Im Labyrinth des Schweigens
Filmvorführung und vorherige Begleitung
„Gegenwärtige Vergangenheit“ durch
Dauer- und Wechselausstellung
In Kooperation mit der Bonner Kinemathek
Haus der Geschichte, Bonn
27.1.2015, 19:30 Uhr



Veranstaltungen in Bonn:
www.hdg.de/bonn/veranstaltungen

inleipzig



Unter Druck!
Medien und Politik
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
5.12.2014–9.8.2015



Schamlos?
Sexualmoral im Wandel
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
14.11.2014–6.4.2015

Wittstock, Wittstock
Dokumentarfilm (D 2001)
Regie: Volker Koepp
Filmreihe „Erinnerungen an den Herbst '89“
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
16.12.2014, 19 Uhr

Das Mädchen Rosemarie
Spielfilm (D 1958, s/w, FSK 18)
Regie: Rolf Thiele
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
19.1.2015, 19 Uhr

Familie de Maizière
Eine deutsche Geschichte
Lesung mit Andreas Schumann
In Kooperation mit dem Orell Füssli Verlag
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
22.1.2015, 19 Uhr

Freier Eintritt zu allen Veranstaltungen!



Veranstaltungen in Leipzig:
www.hdg.de/leipzig/veranstaltungen

inberlin



Zeichen
Sprache ohne Worte
Museum in der Kulturbrauerei, Berlin
24.9.2014–12.4.2015



Grenzerfahrungen
Alltag der deutschen Teilung
Tränenpalast, Berlin
Di–Fr 9–19 Uhr, Sa/So/Feiertag 10–18 Uhr

Alltag in der DDR
Dauerausstellung
Museum in der Kulturbrauerei, Berlin
Di–So 10–18 Uhr, Do 10–20 Uhr
Eintritt frei



LeMO Lebendiges
Museum Online
www.hdg.de/lemo



Besuchen Sie uns
auf Facebook!



Veranstaltungen in Berlin:
www.hdg.de/berlin/veranstaltungen

Ab dem 10. Dezember 2014:
neue Ausstellung im Haus der Geschichte

Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland

von Ulrich Op de Hipt

Espresso, Gyros, Kopftücher, Tango und Fußballnationalmannschaft: Nie war Deutschland so bunt wie heute. Jeder fünfte Bewohner – insgesamt 16,3 Millionen Menschen – hat familiäre Wurzeln im Ausland. Ethnische und kulturelle Vielfalt kennzeichnen Deutschland heute. Grenzüberschreitende Migration bereichert das Land, konfrontiert es aber auch mit Fragen der Integration der Zuwanderer. Die neue Wechselausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“ im Haus der Geschichte in Bonn beschreibt die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart und fragt nach den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Auswirkungen.

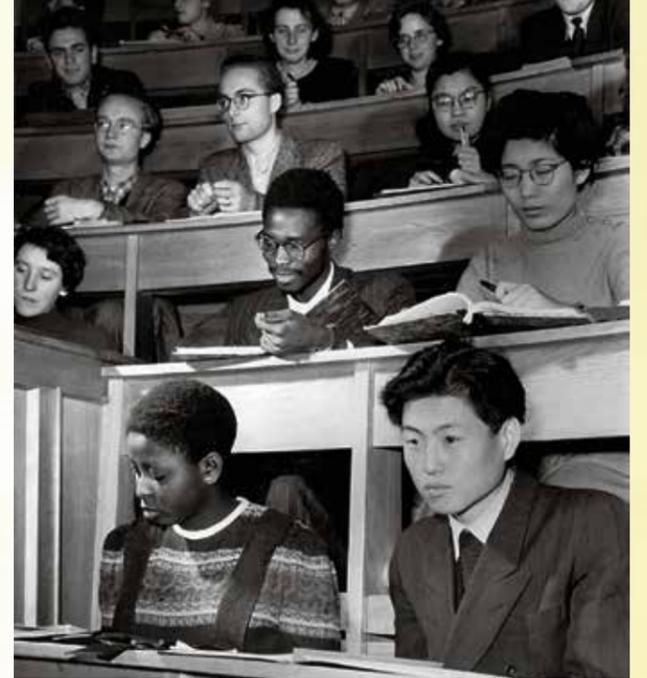


Deutschland war nach 1945 – nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte – auf die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte angewiesen. In der Bundesrepublik Deutschland wuchs mit dem wirtschaftlichen Aufschwung seit den 1950er Jahren der Bedarf an Arbeitskräften, der mit Einheimischen nicht mehr zu decken war. Die Beschäftigung von Menschen vor allem aus Süd- und Südosteuropa sollte die Lage entspannen. Die in der Regel weniger gut ausgebildeten Arbeitskräfte waren überwiegend als Angelernte oder Hilfsarbeiter tätig und übernahmen häufig anstrengende, gesundheitsgefährdende oder gefährliche Arbeiten.

Vom Gastarbeiter zum Einwanderer

Anwerbeabkommen und gesetzliche Regelungen verankerten ein rigides Aufenthalts- und Arbeiterlaubnisrecht. Die Beschäftigung der sogenannten Gastarbeiter sollte nur auf Zeit erfolgen, Rotation eine flexible Steuerung der Zuwanderung je nach Konjunkturlage erlauben und Einwanderung verhindern. Dieses Beschäftigungsmodell deckte sich allerdings nicht mit den Interessen vieler Unternehmen, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen an dauerhafter Beschäftigung interessiert waren, sowie der Lebensplanung vieler Gastarbeiter, die sich immer häufiger dazu entschieden, in Deutschland zu bleiben und ihre Familien nachzuholen. Mit zunehmendem Verbleib festigte sich der rechtliche Aufenthaltsstatus der Zuwanderer, auch der Familiennachzug war auf Grund des grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie garantiert.

Aus der zeitlich befristeten Zuwanderung wurde dauerhafte Einwanderung. Die ausländische Wohnbevölkerung stieg an. Der Familiennachzug entfaltete eine starke Wanderungsdynamik, die bis heute nachwirkt. Besonders deutlich wird diese Entwicklung am Beispiel der größten Ausländergruppe in Deutschland, den Türken. Zum Zeitpunkt des Anwerbestopps 1973 lebten etwa 800.000 Türken und Türkischstämmige in der Bundesrepublik Deutschland, 2012 waren es fast drei Millionen.



Ausländische Studenten an der Karl-Marx-Universität Leipzig, um 1960. Gegenüber den jungen Menschen aus sozialistischen „Bruderstaaten“ oder Entwicklungsländern versuchte die DDR, sich als das bessere, „antifaschistische“ Deutschland zu präsentieren.

Zuwanderer und Aufnahmegesellschaft standen vor neuen Herausforderungen. In den 1970er Jahren stieg die Zahl arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer deutlich an. Sie arbeiteten häufig in Bereichen, die in besonderer Weise von der wirtschaftlichen Strukturkrise betroffen waren. Erhebliche Defizite zeigten sich auch in schulischer Bildung und beruflicher Qualifikation. Die Bundesregierungen ignorierten lange Zeit die faktische Einwanderungssituation und hielten an der Maxime fest, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei. Vor diesem Hintergrund verzichteten sie auf eine konsequente Integrationspolitik.

Arbeitsmigranten in der DDR

Auch in der DDR bildeten Arbeitsmigranten die weitaus größte Gruppe unter den Zuwanderern, deren Zahl mit 190.000 im Jahr 1989 sehr gering ausfiel. Die Arbeiter, die aus sozialistischen Staaten wie Polen, Ungarn, Vietnam, Kuba, Algerien, Mosambik, der Mongolei, Angola und China kamen, wurden vor allem in der Industrie beschäftigt und übernahmen häufig Tätigkeiten mit geringen Qualifikationserfordernissen. Einwanderung fand im Unterschied zur Bundesrepublik kaum statt. Die Vertragsarbeiter erhielten in der Regel befristete Aufenthaltsgenehmigungen, der Nachzug von Angehörigen wurde nicht erlaubt. Staatliche Segregationsmaßnahmen verhinderten, dass die große Mehrheit der Ostdeutschen die Ausländer auf privater Ebene kennenlernte und der Kontakt mit Fremden eine alltägliche Erfahrung wurde. Die soziale und wirt-



Türkischer Stahlarbeiter am Thyssen-Hochofen in Duisburg, 1982



Dieser Ford 100 Transit von 1969 – im Volksmund „Türkenkutsche“ genannt – war bei Gastarbeitern sehr beliebt. Er wurde sowohl für den Urlaub von Großfamilien in der Heimat sowie für gewerbliche Zwecke genutzt.



Durch den verstärkten Zuzug von Gastarbeiterfamilien entstehen seit den 1970er Jahren von Einwanderern geprägte Wohngebiete.



Häuserblock in Duisburg, 1983



Die ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik reagiert im November 1992 mit Trauer, Wut und Angst auf rechtsextremistische Anschläge.

schäftliche Situation der Ausländer in der DDR stand im Widerspruch zur Propaganda, die deren Aufenthalt als Akt internationaler Solidarität und Entwicklungshilfe darstellte.

Mit der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ und dem Zerfall des Ostblocks wandelten sich die Migrationsmuster grundlegend. Deutschland wurde zum Zentrum einer Ost-West-Migration. Deutschstämmige aus Osteuropa nutzten die neue Reisefreiheit zur Auswanderung. Auch die Mehrzahl der Asylsuchenden kam in dieser Zeit nicht aus der „Dritten Welt“, sondern aus den unter massiven wirtschaftlichen Problemen leidenden osteuropäischen Staaten sowie dem vom Bürgerkrieg betroffenen Jugoslawien.

Integration „verschlafen“?

In der Bevölkerung weckten die hohen Zahlen der Zuwanderer vor dem Hintergrund der Herausforderungen der deutschen Wiedervereinigung Ängste vor einer „Überflutung Deutschlands“. Rechtsradikale Kräfte versuchten mit Pa-

rollen wie „Ausländer raus“, Unterstützung für ihre Politik zu finden. Fremdenfeindliche Gruppierungen stießen jedoch in der Öffentlichkeit kaum auf Zustimmung. Als 1991 in Hoyerswerda, 1992 in Rostock und Mölln sowie 1993 in Solingen ausländerfeindliche Gewalttaten eskalierten, reagierte die große Mehrheit der Deutschen entsetzt. Fremdenfeindliche Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Sprengstoff- und Brandanschläge hielten sich allerdings auch in den folgenden Jahren auf einem hohen Sockelniveau.



Der in Uganda geborene Balam Byarubanga lebt seit 1979 in der Bundesrepublik und ist seit vielen Jahren dem Aachener Karneval verbunden. In der Session 2011/2012 vertrat er als Prinz Balam I. die Farben des Aachen-Richtericher Vereins und setzte ein Zeichen für Integration.

Die Erkenntnis, dass Deutschland die Integration „verschlafen“ habe, so der damalige Bundespräsident Horst Köhler, leitete erst spät das politische Handeln. Das 2000 in Kraft getretene Staatsangehörigkeitsgesetz nahm Abschied von der traditionellen deutschen Orientierung am Konzept der Staatsnation als Abstammungsgemeinschaft. Es sichert den in Deutschland ge-

borenen Kindern von Ausländern mit langfristigem Aufenthaltsrecht einen deutschen Pass zu. Mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 verpflichtet sich der Staat, Integration zu fördern.

Einheit der Verschiedenen

Arbeitsmigranten und ihre Familien, Asylbewerber, Flüchtlinge und Aussiedler sowie mit der Erweiterung der Europäischen Union, der Öffnung der Grenzen und der Gewährung der Personenfreizügigkeit auch zunehmend EU-Binnenmigranten verändern das Gesicht der Bundesrepublik. Die Mehrheit der Bevölkerung nimmt Zuwanderung als Bereicherung wahr und auch die Einwanderer sind überwiegend mit ihrem Leben in Deutschland zufrieden. Die zunehmende Vielfalt der Alltagskulturen und Anschauungen führt aber auch zu Spannungen und Konflikten. Im Mittelpunkt der Kontroversen steht häufig die muslimische Minderheit. Der Wandel der Bundesrepublik zu einem heterogenen Einwanderungsland provoziert eine Neubestimmung dessen, was die Gesellschaft zusammenhält. Bundespräsident Joachim Gauck unterstrich bei der Einbürgerungsfeier „65 Jahre Grundgesetz“ im Mai 2014 die Bedeutung des Grundgesetzes als Fundament eines friedlichen, pluralistischen und demokratischen Gemeinwesens. Er postulierte ein neues Selbstverständnis der Einwanderungsgesellschaft: „Es gibt ein neues deutsches ‚Wir‘, das ist die Einheit der Verschiedenen.“

Bündnis 90/Die Grünen werben 1999 für eine bessere Integration und Ausländerpolitik sowie für die doppelte Staatsbürgerschaft in der Bundesrepublik.



Kurswechsel in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik

In neuer Verfassung

von Helene Thiesen

Die neu gewählte rot-grüne Bundesregierung kündigte 1998 in ihrem Koalitionsvertrag einen neuen Kurs in der Migrationspolitik an. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes kann seit 2000 Deutscher werden, wer auf deutschem Boden geboren wurde. Das Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 noch unter der rot-grünen Regierung in Kraft trat, schrieb dem Staat eine aktive Rolle im Prozess der Integration zu.

Mehr als sieben Millionen zugewanderte oder hier geborene Ausländer lebten in den 1990er Jahren in der Bundesrepublik. Jahrzehntlang hatte Deutschland immer mehr Migranten aufgenommen. Viele waren auf Dauer im Land sesshaft geworden, aber rechtlich keine deutschen Staatsbürger. Der Gesetzgeber hatte zwar seit Anfang der 1990er Jahre nach und nach Einbürgerungen erleichtert. Dennoch blieb im Grundsatz das fast ein Jahrhundert lang geltende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 bestehen, nach dem die Abstammung (*ius sanguinis*) darüber entscheidet, ob man Deutscher ist. Mit der Gesetzesreform 1999 trat nun das Territorialprinzip (*ius soli*) hinzu, bei dem der Geburtsort entscheidend für den Erwerb der Staatsbürgerschaft ist.

Doppelpass?

Politisch umstritten war dabei die Frage, ob der Grundsatz, keine mehrfache Staatsangehörigkeit zuzulassen, aufgegeben werden sollte. SPD und Bündnis 90/Die Grünen favorisierten die weitgehende Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Der „Doppelpass“ war jedoch politisch nicht durchsetzbar. Die Regierung musste davon Abstand nehmen und führte als Parteienkompromiss ein Optionsmodell ein.

Nach dem neuen Optionsmodell bekamen in Deutschland geborene Kinder von Ausländern, sofern sich ein Elternteil mindestens acht Jahre lang rechtmäßig in der Bundesrepublik aufgehalten hatte, automatisch die deutsche Staatsan-

gehörigkeit. Bis zur Volljährigkeit durften sie neben dem deutschen auch den ausländischen Pass der Eltern führen. Dann aber mussten sie sich bis zur Vollendung des 23. Lebensjahrs für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Am Prinzip, die doppelte Staatsbürgerschaft zu vermeiden, wurde dabei im Grundsatz festgehalten. Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD vereinbarte schließlich 2013, die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder künftig abzuschaffen und deren doppelte Staatsangehörigkeit dauerhaft hinzunehmen.

Integrationskurse

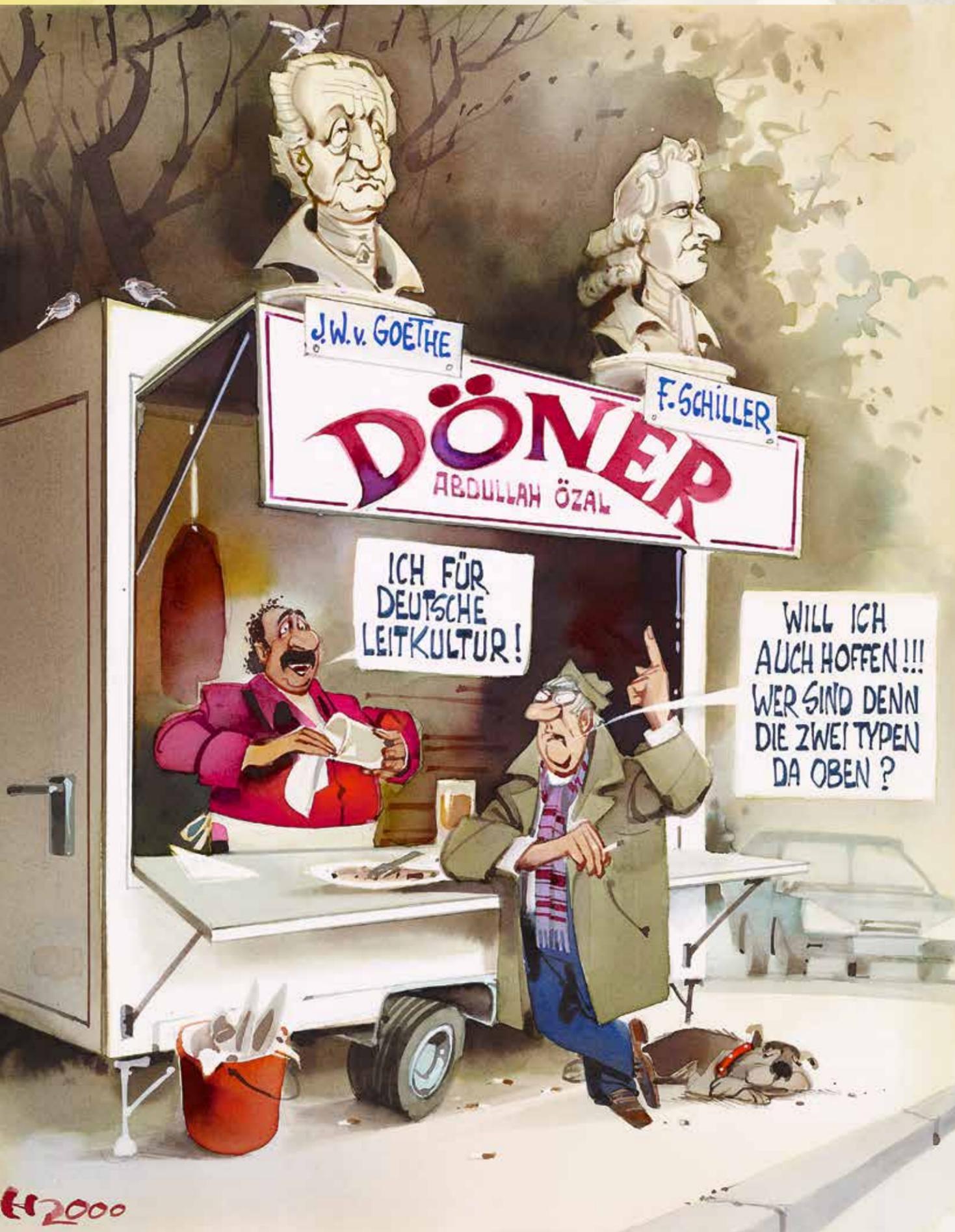
Mit dem 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz und weiteren gesetzlichen Regelungen in den folgenden Jahren nahm die Politik nochmals eine Neubestimmung der Migrationspolitik vor. Erstmals wurde die Förderung der Integration als Aufgabe gesetzlich festgeschrieben. Ein Hauptbestandteil ist das vom Bundesamt für Flüchtlinge und Migration organisierte Angebot an Integrationskursen, die Kenntnisse der deutschen Sprache und der Staatsord-

nung, Geschichte und Kultur vermitteln sollen und unter anderem für neu zugewanderte Einbürgerungskandidaten verpflichtend sind. Damit sollen sie befähigt werden, am gesellschaftlichen und politischen Leben ihrer künftigen Heimat teilzunehmen. Sie können erst dann die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, wenn sie Sprach- und Einbürgerungstests erfolgreich bestanden haben, sich zur Verfassungstreue bekennen sowie straffrei sind.

Im Januar 1999 widmete *Der Spiegel* dem Thema „doppelte Staatsbürgerschaft“ eine Titelstrecke.



Zur Leitkultur-Debatte veröffentlichte Horst Haitzinger im Jahr 2000 die Karikatur „Ich für deutsche Leitkultur!“.



H2000



Italienische Gastarbeiter bei ihrer Ankunft am Münchner Hauptbahnhof, 1960



1965 beginnt Lorenzo Annese, zusammen mit seiner deutschen Verlobten ein Haus in Bokensdorf zu bauen.

**NOTIZIE
PER COLLEGHI ITALIANI!**

Vi porgiamo i nostri ringraziamenti per la fiducia concessa. Le operazioni di voto per l'elezione della C.I. nella VW AG. sono terminate. Le favorevoli diademe i loro suffragi con schiacciante maggioranza alla lista della I.G. Metall.

Il risultato dell'elezione è il seguente:

Gruppo Operai:	
I.G. Metall	25.904 voti = 79,37% = 23 membri nella C.I.
C.G.D.	6.740 voti = 20,63% = 6 membri nella C.I.

In più il Gruppo impiegati della I.G. Metall

	3 membri nella C.I.
• la D.A.G. pura	3 membri nella C.I.

La commissione Int. è composta da 25 membri di cui 26 Colleghe e colleghi amici della I.G. Metall. Noi abbiamo mantenuto la nostra promessa, cioè, che un collega italiano possa in qualità di membro della C.I. difendere gli interessi dei suoi connazionali. Noi abbiamo piazzato il Collega ANNESE Lorenzo sulla nostra lista, la lista della I.G. Metall, taleante bene, che ci fosse la garanzia assoluta d'essere eletto.

IG METALL
Amministrazione Locale di Wolfsburg

Das italienischsprachige Flugblatt der IG Metall fordert 1967 zur Betriebsratswahl auf und erklärt die Bedeutung des Betriebsrates für die italienischen Arbeitnehmer bei VW. Lorenzo Annese ist am Kopfende des Tisches zu sehen.

Ein Leben zwischen Alberobello und Bokensdorf

Der Gastarbeiter Lorenzo Annese

von Hanno Sowade

Lorenzo Annese kam 1958 als einer der ersten italienischen Gastarbeiter in die Bundesrepublik. Er hatte noch keine Vorstellung davon, wohin ihn seine Reise führen würde. 1965 wurde er als bundesweit erster Gastarbeiter in den Betriebsrat eines deutschen Unternehmens gewählt. Annese verschrieb sich insbesondere der Integration italienischer Kollegen und dem Miteinander von Deutschen und Ausländern. Doch nicht nur in beruflicher Hinsicht bemühte sich der Italiener um Völkerverständigung, auch privat war er aktiv in das Alltagsleben seines deutschen Wohnortes Bokensdorf in Niedersachsen eingebunden. Diese beruflich wie privat gelebte Völkerverbindung wurde 1984 vom italienischen Botschafter in der Bundesrepublik mit dem Verdienstorden „Ordine Nazionale al Merito della Repubblica Italiana“ ausgezeichnet.

Ursprünglich veranlasste die unbefriedigende Arbeitssituation im süditalienischen Apulien Annese dazu, mit 21 Jahren in die Bundesrepublik zu kommen. Bevor er eine der begehrten Stellen bei der Volkswagen AG erlangen konnte, arbeitete er zunächst unter anderem zwei Jahre lang bei einem Landwirt im niedersächsischen Bokensdorf. Im August 1961 begann er schließlich als Punktschweißer im Karosseriebau bei Volkswagen. Um das schnelle Wachstum der Automobilproduktion gewährleisten zu können, beschäftigte der Konzern in den 1960er Jahren immer mehr Gastarbeiter, vornehmlich aus Italien.

Als erster Gastarbeiter im Betriebsrat

Sehr schnell erkannten die Verantwortlichen bei VW das wahre Talent Anneses – seine außergewöhnliche Fähigkeit, zwischen ausländischen Arbeitnehmern und der deutschen Unternehmensführung zu vermitteln. Annese, der seit 1962 Mitglied der IG Metall war, wurde am 21. Oktober 1964 zunächst offizieller Verbindungsmann der italienischen Gastarbeiter zum Betriebsrat, 1965 dann Mitglied des Betriebsrats. Eine unbefristete Arbeitserlaubnis erhielt Annese erst vier Jahre später.

Seine Tätigkeit im Betriebsrat, dem er bis zu seinem Ruhestand 1993 angehörte,

war der Verständigung zwischen den Kulturen gewidmet. Neben den alltäglichen Aufgaben organisierte er gemeinsame Weihnachtsfeiern für die Werksangehörigen, veranstaltete das italienische Fest „Una festa sui prati“ und kämpfte gegen ausländerfeindliche Aktivitäten.

Heimatverbunden

In der Bundesrepublik Deutschland lebte der Italiener anfangs eher provisorisch: auf einer Couch im Wohnzimmer der Schwester seiner Freundin. Erst nach und nach verwirklichte Annese und seine deutsche Verlobte ihren Traum vom eigenen Heim und begannen 1965, in Eigenleistung ein Haus zu bauen. Dann folgten Hochzeit und Geburt der Tochter Ria. Doch Bokensdorf blieb stets nur eine Heimat der Anneses. Häufig fuhr die Familie fast 2.000 Kilometer in die Provinz Bari zu den Eltern und Geschwistern von Lorenzo.

Annese schafft es, seine italienische Herkunft zu pflegen und gleichzeitig fest in das deutsche Alltagsleben integriert zu sein. Bis heute liegt dem Italiener das Miteinander der Kulturen am Herzen. Oft steht er als Zeitzeuge für Gespräche mit Schulklassen oder für Fernsehreportagen zur Verfügung und erzählt über sein Leben zwischen Alberobello und Bokensdorf, die Verbindung von italienischem und deutschem Alltag.

Im Oktober 2014 übergibt Lorenzo Annese (li.) dem Sammlungsdirektor der Stiftung Haus der Geschichte Dietmar Preisler (re.) seinen Koffer, mit dem er Ende der 1950er Jahre in die Bundesrepublik kam.



Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky über Integrationsprobleme

„In der Integrationspolitik herrscht Ratlosigkeit“

Interview: Ulrike Zander

Als Bezirksbürgermeister von Neukölln ist Heinz Buschkowsky (SPD) ein starker Vertreter der schönen, oft unbekannteren Seiten seines Berliner Bezirks. Das versperrt ihm nicht den Blick auf die großen Probleme Neuköllns, die vor allem in der Integrationspolitik liegen.

mm Wie sehen die Integrationsprobleme in Neukölln aus?

Buschkowsky Von unseren 320.000 Einwohnern sind 135.000 Einwanderer/Migranten oder ihre Nachkommen. Das sind rund 42 Prozent der Bevölkerung, die vorwiegend im Altbereich des Bezirks wohnen. Hier dominieren sie mit 55 Prozent der Bevölkerung durchaus wirtschaftlich und optisch den öffentlichen Raum. Etwa die Hälfte sind Muslime. Insgesamt bringen wir es auf über 150

Nationen, aus denen unsere Einwohner stammen. Bei uns leben die früheren Gastarbeiter mit ihren Kindern und Enkeln, aber auch große Gruppen von Wirtschaftsflüchtlings, Asylwerbern und Armutswanderern seit Anfang der 1990er Jahre. Wir müssen in diesen Bevölkerungsschichten eine hohe Bildungsferne und auch fehlende Grundkompetenzen feststellen, die für ein eigenverantwortliches Leben in einer westlichen Leistungsgesellschaft unabdingbar sind.

mm Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Buschkowsky In unseren Grundschulen im Norden liegt der Anteil der

Kinder mit Migrationshintergrund zwischen 85 und 95 Prozent. In der gleichen Größenordnung sind Eltern von der Zuzahlung bei den Lernmitteln befreit. Das heißt, in neun von zehn Familien geht zu Hause keiner einer geregelten Erwerbstätigkeit nach. Die Kinder werden ohne die Erfahrung, dass Arbeiten gehen und Geld verdienen zum normalen Lebensablauf gehören, sozialisiert. Nicht wenige der Kinder geben bei der Frage nach ihrem Zukunftswunsch an, „Ich möchte mein eigenes Hartz IV“ oder auch „Ich werde Hartz IV“. Wir haben die höchste Dichte an Bedarfsgemeinschaften beim Arbeitslosengeld II auf 1.000 Einwohner der Bundesrepublik Deutschland. Rund 70 Prozent aller jungen Menschen im Alter bis zum 25. Lebensjahr beziehen bei uns Hartz IV. Ebenfalls 70 Prozent der Transferleistungsempfänger haben keinen Schul- oder Berufsabschluss. Das sind

Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky ernennt 2012 eine Türkin zur Stadtteilmutter, die in einem Sozialprojekt tätig sein wird.

desaströse Botschaften aus der Bevölkerungsstruktur. Völlig unabhängig davon wird zumindest Neukölln-Nord in zehn bis 15 Jahren eine Migrantengroßstadt sein.

mm Welche Maßnahmen haben Sie bereits unternommen, um gegen diese Missstände vorzugehen?

Buschkowsky Die Bevölkerungsentwicklung und die Geburtenhäufigkeit beeinflusst kein Bürgermeister. Wenn ich aber weiß, dass die Integration nahezu meiner halben Bürgerschaft und die Überwindung ihrer Bildungsferne oder Kulturdistanz ganz oben im politischen Pflichtenheft stehen, dann darf ich mich nicht von kleinbürgerlichen Petitessen oder ideologischem Schnickschnack aufhalten lassen. Die „big points“ heißen, dass die Kinder lesen, schreiben und rechnen lernen und mit einer ausreichenden Wissenskompetenz aus unseren Schulen entlassen werden, sodass sie befähigt sind, eine Ausbildung zu absolvieren. Die andere Aufgabe ist, den Älteren das Grundprinzip einer freien Gesellschaftsordnung in einer westlichen Demokratie zu vermitteln. Die Würde des Einzelnen, der Respekt vor dem Einzelnen und Chancengerechtigkeit für jeden, das ist unsere Lebensbasis. Gleichheit der Geschlechter und Ächtung von Gewalt



vor und hinter der Wohnungstür sind Grundprinzipien unserer Lebensregeln. Das ist aber nicht in allen Staaten so, aus denen die Windrose unsere Bürgerschaft zusammengeweht hat. Wir müssen den jungen Leuten die Augen öffnen und ihnen zeigen, dass die Welt auch anders aussehen kann, als sie es zu Hause erleben. Wir müssen ihnen Hunger auf ein selbstbestimmtes Leben machen und sie davon überzeugen, dass die Gesellschaft einen Platz für sie bereithält. Das geht nur über das Bildungssystem. Vorschulische Erziehung – man kann das auch Kindergartenpflicht nennen – und gebundene Ganztagschulen heißen die Werkzeuge. In Neukölln haben wir exemplarisch einige erfolgreiche Maßnahmen ins Leben gerufen: gemischt-ethnische Sozialarbeiterteams in den Schulen, die mit den Schülern arbeiten und auch nach Hause gehen, die berühmten „Stadtteilmütter“, die bildungsferne Familien betreuen, den

Campus Rütli, auf dem keine Stühle mehr aus den Schulfenstern fliegen, sondern Einwandererkinder das Abitur ablegen, das Albert-Schweitzer-Gymnasium, das sich vom Siechtum zum blühenden Ganztagsgymnasium entwickelt hat, zudem repressiven Wachschatz an den Schulen, der fremde Schläger fernhält. All diese Programme beweisen, dass der Erfolg nicht ausbleibt, wenn wir uns konzentriert um die jungen Leute kümmern und ihnen helfen, die Defizite ihrer Elternhäuser zu überwinden.

mm Was müsste aus Ihrer Sicht auf Bundes- und Landesebene geschehen, um bei der Integration erfolgreich Veränderungen hervorzurufen?

Buschkowsky Wir brauchen endlich eine verständliche und für jeden nachvollziehbare Konzeption der Integrationspolitik. Die gibt es bis heute nicht. Wir brauchen auch ein Konzept für eine gesteuerte Zuwanderung wie

Bei schönem Wetter zieht es Tausende Berliner, vorrangig türkischstämmige Familien, zum Grillen in den Tiergarten.



es Kanada hat. Es ist alles da: Von der Süßmuth-Kommission erarbeitet, aber politisch nicht gewünscht. „Wir sind kein Einwanderungsland“, – dieser Blödsinnsatz hält sich scheinbar unausrottbar. Er ist bei 16 Millionen Einwanderern schon mutig. Unsere Bildungspolitik muss viel stärker auf die Überwindung der Bildungsferne in Unterschichten ausgerichtet werden. Schon heute hat mehr als jedes dritte Kind unseres Landes einen Migrationshintergrund. Es wird in der Zukunft ohne die Integration der Einwandererkinder keinen Wohlstand wie bisher in unserem Land geben. Integration setzt die Integrationsbereitschaft der Hinzukommenden voraus, dass sie Teil unserer Gesellschaft, des Großen und Ganzen werden wollen. Die Gesellschaft steht aber auch in der Pflicht, das Ihrige zu tun. Sie muss ein Gelände bieten, an dem man sich orientieren kann, und sie muss die Voraussetzung schaffen, dass Chancengerechtigkeit nicht zur Worthölse verkommt.

mm In welcher Weise ist Ihnen die politische Auseinandersetzung über Einwanderung und Integration zu unehrlich und scheinheilig?

Buschkowsky Die Politiker der ersten Liga – nicht die Stadt- und Gemeinderäte vor Ort, denen man die Verantwortung in die Schuhe schiebt – laufen pfeifend durch den Wald. „Integration ist in Deutschland eine unglaubliche Erfolgsgeschichte“, heißt das Mantra. Wir treten hingegen auf der Stelle. Bei mir in Neukölln wird immer noch fast jedes zweite Kind mit Migrationshintergrund mit gar keinen oder katastrophalen Sprachkompetenzen eingeschult. Ganz häufig sind das Kinder von Eltern, die beide bereits im Land geboren und sozialisiert sind. Nur integriert sind sie nicht. So viel zum Thema, ob es Parallelgesellschaften gibt oder nicht. Barbarei gegen Mädchen und Frauen und religiöse Orthodoxie mit dem Ziel der Überwindung

unserer demokratischen Bürgerrechte dürfen keine Entfaltungsmöglichkeit erhalten. Auch nicht unter dem Deckmantel des unsäglichen Kulturrelativismus. Der Nährboden für solche Dinge ist Bildungsferne. Die frühere Ausländerbeauftragte der Grünen, Marieluise Beck, hat einmal im Hinblick auf die Entwicklung des Bildungsstandes der jungen Leute gesagt, dass sich eine Katastrophe anbahnt. Sie hatte Recht.

mm Sie werden zum Teil als „Alarmist“, im schlimmsten Fall als „Rassist“ bezeichnet. Was halten Sie diesen Vorwürfen entgegen?

Buschkowsky Zu dieser Thematik gibt es ein stilles oder offenes Einvernehmen in der Political Correctness, das einer Schweigespirale gleichkommt. Jeder, der die Verwerfungen und Defizite offen ausspricht, wird niedergemacht. Schulrektoren, Lehrer, Erzieher werden öffentlich gebrandmarkt. Bestimmte Themen werden einfach unter den Teppich gekehrt. Sie sind nicht existent. Aber irgendwann wird der Druck im Kessel so groß, dass er sich mit Gewalt seine Bahn sucht. Dann werden alle erschrocken sein und keiner kann sich das erklären. Volksparteien müssen aufpassen, dass ihnen nicht das Volk abhanden kommt. Wenn zum Beispiel nach repräsentativen Umfragen 50 Prozent der deutschen Bevölkerung erklären, dass ihnen der Islam Angst bereitet, dann bedarf dies eines offenen Diskurses und nicht der pauschalen

Beschimpfung, dass alle von gestern und islamophob sind.

mm Inwieweit ist Neukölln „überall“? **Buschkowsky** Schauen Sie sich um. Machen Sie einen Spaziergang durch die Bundesrepublik von Norden nach Süden. Beginnen Sie in Kiel-Gaarden, gehen Sie über Hamburg, Bremen, Dortmund, Duisburg, Köln, Bad Godesberg, Mannheim, Wiesbaden, Nürnberg bis nach München. Das sind Namen, die mir einfach gerade so eingefallen sind. Ich erhalte Zuschriften aus allen Teilen der Republik. Man muss nur Augen und Ohren offen halten, mit den Menschen sprechen und ihnen zuhören. Dann klappt es auch mit dem Einwanderer. Unser Land braucht Einwanderung, aber es braucht Einwanderer, die bereit sind, es zu stärken.



Ein afghanischer Flüchtling hofft in Deutschland auf eine bessere Zukunft, 2013.

„DER MILLIONSTE
GASTARBEITER IN
DER BUNDESREPUBLIK
EMPFANGEN.“

FAZ, 11.9.1964

„IN ANSPRACHEN AN DIE GASTARBEITER
HEISST ES IMMER ‚CARISSIMI ITALIANI‘.
DOCH DIE ARBEITSKOLLEGEN RUFEN
SIE ITAKER, ZITRONENSCHÜTTLER,
SPAGHETTIFRESSER, KAMELTREIBER.“

Die Welt, 2.6.1966

„DIE FLUT STEIGT –
WANN SINKT DAS BOOT?
FAST JEDE MINUTE
EIN NEUER ASYLANT.“

Bild-Zeitung, 2.4.1992

„POLITISCH VERFOLGTE
GENIESSEN ASYLRECHT.“

Grundgesetz Artikel 16a, Absatz 1

„JEDER FÜNFTE EINWOHNER DEUTSCHLANDS
HAT AUSLÄNDISCHE WURZELN.
ERSTMALS MEHR ALS 16 MILLIONEN MENSCHEN
MIT MIGRATIONSHINTERGRUND.“

Die Welt, 15.7.2010

„WIR MÜSSEN DAFÜR SORGEN,
DASS DIE KINDER BEWUSST
MITERLEBEN, DASS DIE GESETZE
IN DIESEM LAND FÜR ALLE GELTEN,
AUCH ZU HAUSE.“

Necla Kelek, Soziologin, 2014

„DEUTSCHLAND
ZWEITBELIEBTESTES
ZUWANDERERZIEL.
NUR AMERIKA
IST NOCH BELIEBTER.“

FAZ, 21.5.2014

„DAS CHRISTENTUM GEHÖRT ZWEIFELSFREI
ZU DEUTSCHLAND. DAS JUDENTUM GEHÖRT
ZWEIFELSFREI ZU DEUTSCHLAND. DAS IST
UNSERE CHRISTLICH-JÜDISCHE GESCHICHTE.
ABER DER ISLAM GEHÖRT INZWISCHEN
AUCH ZU DEUTSCHLAND.“

Bundespräsident Christian Wulff, 3.10.2010,
Rede zum Tag der Deutschen Einheit

„ES GIBT EIN NEUES
DEUTSCHES ‚WIR‘,
DAS IST DIE EINHEIT
DER VERSCHIEDENEN.“

Bundespräsident Joachim Gauck,
22.5.2014



Ausstellungseröffnung in Bonn

Festakt oder Picknick? Deutsche Gedenktage

von Svea Koischwitz

Alle Jahre wieder stehen sie in unserem Kalender: Gedenk- und Feiertage wie der 1. Mai, der 17. Juni oder der 3. Oktober. Manchmal erregen sie großes öffentliches Interesse, manchmal gehen sie vorüber, ohne allzu viel Beachtung zu finden. Die neue Wechselausstellung „Festakt oder Picknick? Deutsche Gedenktage“ fragt nach der Bedeutung und Entwicklung von Fest- und Gedenktagen in der Bundesrepublik und der DDR sowie nach ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft. Mit rund 300 Exponaten und zahlreichen Medienstationen wurde sie am 3. Oktober 2014 im Haus der Geschichte in Bonn eröffnet und ist bis zum 6. April 2015 dort zu sehen. Ab Mai 2015 wird sie im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig präsentiert.

Festakt oder Picknick? – Was machen Sie am 3. Oktober, dem deutschen Nationalfeiertag? Fast die Hälfte Ihrer Mitbürger unternimmt am „Tag der Deutschen Einheit“ „nichts Besonderes“, wie eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Stiftung Haus der Geschichte herausfand. Ein Drittel der Deutschen möchte an dem Tag gerne ausschlafen, nur knapp drei Prozent an einem offiziellen Festakt teilnehmen. Gleichzeitig ist es vielen aber wichtig, dass ein Staatsakt in Form einer Ansprache des Bundespräsidenten oder einer Zeremonie im Deutschen Bundestag stattfindet – nur daran teilhaben oder dabei zusehen möchten sie nicht, sondern lieber die freie Zeit genießen.

Festakt und Picknick

Am 3. Oktober 2014 entschieden sich fast 1.000 Menschen dafür, ihre Freizeit mit einem Besuch der neuen Wechselausstellung „Festakt oder Picknick? Deutsche Gedenktage“ im Haus der Geschichte in Bonn zu verbringen. „Man kann den Verantwortlichen nur gratulieren“, so Prof. Dr. Otto Depenheuer von der Universität zu Köln, Gastredner auf der Eröffnungsveranstaltung und Mitglied des Wissen-

schaftlichen Beirats der Stiftung Haus der Geschichte. „Die Ausstellungseröffnung auf den nationalen Feiertag zu legen, den Staatsakt am Vormittag zu respektieren und statt des nachmittäglichen Picknicks im Grünen eine Eröffnung im gesitteten Rahmen angereichert durch ein Nationalpicknick zu veranstalten – das ist schon eine Kunst.“ Als „Nationalpicknick“ gab es für die gut 300 geladenen Eröffnungsgäste eine große Torte in Form einer Deutschlandflagge, die von Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte, und Prof. Dr. Harald Biermann, Kommunikationsdirektor der Stiftung, persönlich verteilt wurde.

Die Eröffnungsveranstaltung wurde flankiert durch ein vielfältiges Familienprogramm. Neben der Vorführung von „Sputnik“, einem preisgekrönten Kinderfilm über den Mauerfall, gab es Auftritte der Truppe „Theater Taktil“ in der Dauerausstellung. Dort ließen die Schauspieler den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 und den Tag des Mauerfalls am 9. November 1989 lebendig werden. Wer Lust hatte, konnte sich den Begleitungen zum Thema „Friedliche Revolution“ anschließen oder bei den Mitmachaktionen der Museumspädagogik Graffiti und Sprüche auf eine nachgestellte Mauer malen. „Wie auch immer wir uns entscheiden, ob nun Festakt oder Picknick – eines scheint sicher: Wir brauchen nationale Gedenktage“, zog Hütter sein Resümee. „Sie regen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit an, zur Selbstvergewisserung und zu gemeinschaftlichem Handeln.“

Zur Eröffnung der Ausstellung „Festakt oder Picknick? Deutsche Gedenktage“ am 3. Oktober 2014 gratuliert Rechtswissenschaftler Otto Depenheuer von der Universität zu Köln (o. li.) Projektleiterin Tuya Roth (o. li. M.) und Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung (o. l., re.). Neben einer riesigen Torte in den Farben der Deutschlandflagge (o. re.) interessieren sich die ersten Ausstellungsbesucher für die zahlreichen Exponate und Medienstationen der neuen Präsentation.



Jugend debattiert im Bundesrat Bonn

Mit Anzug und Pausenbrot

von David Goldschmidt

Nach wochenlanger Vorbereitung sollte die Klasse 9b des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums Bonn unter der Leitung des Politiklehrers Timo Wilhelm in den Plenarsaal des Bonner Bundesrats gehen, um dort in einem Planspiel der Stiftung Haus der Geschichte über eine Veränderung des kommunalen Ausländerwahlrechts für Menschen aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten abzustimmen.

Doch was genau ist das kommunale Ausländerwahlrecht? Nach welchen Kriterien entscheide ich als Politiker überhaupt darüber? Diesen und weiteren Fragen stellten wir uns ausführlich im Politikunterricht. Kurz gesagt: Das kommunale Ausländerwahlrecht regelt, inwiefern Ausländer aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten bei Kommunalwahlen wahlberechtigt sind bzw. inwiefern sie selbst kandidieren dürfen. Bislang muss ein Ausländer dazu unter anderem seinen aktuellen Wohnsitz seit mindestens drei Jahren in Deutschland haben.

Am 1. Oktober 2014 galt es nun, in der Außenstelle des Bundesrats in Bonn fiktiv eine Entscheidung über das kommunale Ausländerwahlrecht nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland zu treffen. Doch bevor wir in die „heiligen Hallen“ durften, wartete noch eine Menge Arbeit auf uns.

Wer kann schon Krawatten binden?

Die erste Herausforderung erwartete uns am frühen Morgen, als wir uns in Anzügen oder ähnlichem auf den Weg ins Haus der Geschichte machten. Dort angekommen debattierten wir in der Rolle von Ministerpräsidenten der einzelnen Bundesländer arbeitsteilig im „Rechts- und Innenausschuss“ und gestalteten unsere eigenen Empfehlungen für dieses Gesetz. Diese waren in unserem Falle als Verbesserungen oder Kompromissvorschläge für die anschlie-

bende Debatte gedacht. Neben den Empfehlungen wurden von uns auch noch mehrere Reden ausgearbeitet, die im Plenarsaal vorgetragen werden sollten. Nachdem die Redner feststanden und wir den Ablauf vorbereitet hatten, kam nun der Augenblick, auf den wir so lange gewartet und hingearbeitet hatten: Der Einblick in den Saal, in dem die Bundesratssitzungen „zu Bonner Zeiten“ stattgefunden hatten – und in dem unsere Verfassung 1949 unterschrieben wurde.

Abgelehnt

Die Redner gaben nun den „Ministern“ die letzte Chance, sich ihre Meinung zu bilden. Die Argumente hatten es in sich: Während die Kontra-Seite betonte, dass drei Jahre zu kurz wären, um sich als in Deutschland lebender Ausländer über das politische System in Deutschland zu informieren, war die Pro-Seite der Ansicht, dass Ausländer aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten mitbestimmen sollten, weil sie auch Steuern zahlen würden und das Wahlrecht ein ganz wesentlicher Baustein zur Integration sei.

Doch nun war es genug der Argumente: Die beiden Empfehlungen wurden vom „Bundesratspräsidenten“ vorgelesen. Jedes „Bundesland“ musste abstimmen. Leider erzielten unsere Empfehlungen keine 35 Stimmen und wurden somit beide abgelehnt. Trotzdem war die Exkursion und deren Vorbereitung eine tolle Erfahrung, die ich nur weiter empfehlen kann.

Die Klasse 9b des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums Bonn mit ihrem Politiklehrer Timo Wilhelm debattierte am 1. Oktober 2014 im Bonner Bundesrat.

Schüler simulieren Bundesratsdebatte

Sollen Ausländer wählen dürfen?

von Daniel Schell

Die Debatte ist im vollen Lauf – und ich mittendrin. Ich habe einen Anzug an. Wie konnte das passieren? Ganz einfach: Ich bin Schüler der 9b und am 1. Oktober 2014 sollte meine Klasse den Ablauf einer Bundesratssitzung simulieren.

Brauchen wir ein neues Wahlrecht?

Sollen Ausländer, die aus Nicht-EU-Staaten kommen und schon länger als drei Jahre bei uns leben, das kommunale Wahlrecht erhalten? Diesen Entscheidungsprozess gilt es heute spielerisch nachzuvollziehen. Nach einer kurzen Einführung beginnt endlich die Arbeit des „Rechts- und Innenausschusses“. So allmählich fühle ich mich in meine Rolle als „Bundesratsdirektor“ und „Leiter des Innenausschusses“ ein: Die ersten Debatten beginnen – meine Mitschüler liefern sich als „Ministerpräsidenten“ einen heftigen Schlagabtausch. Am Ende kommen wir zu einer plausiblen Lösung, die Einwanderern aus der Europäischen Union das Wahlrecht unter bestimmten Bedingungen zugesteht: Sie erhalten es, wenn sie mindestens vier Jahre dauerhaft in Deutschland leben. Der „Rechtsausschuss“ setzt mit der Forderung nach einem fünfjährigen, dauerhaften Wohnsitz in Deutschland und der Absolvierung eines Tests mit politischem Schwerpunkt andere Bedingungen.

Der Bundesratsdirektor hat Hunger

Endlich Pause! Verschwitzt von der Debatte nehmen wir einen Snack zu uns. Im ehrwürdigen Plenarsaal der Bonner Außenstelle des Bundesrats – hier ist unsere Verfassung unterschrieben worden! – halten die „Ministerpräsidenten“ im Anschluss gleich sieben Reden und stimmen über die beiden Ausschussempfehlungen des Vormittags

ab. Mein Kollege, der „Bundesratspräsident“ und ich wachen auf den bequemsten Stühlen des gesamten Raumes über den ordnungsgemäßen Ablauf der Entscheidungsfindung. Die Spannung steigt, die Verantwortung liegt auf unseren Schultern! Wir müssen für so viele Bürger unseres Landes entscheiden! Letztendlich kommen die versammelten „Ländervertreter“ zu keinem den bisherigen Zustand verändernden Ergebnis, denn beide Empfehlungen werden abgelehnt. Ich kann es nicht glauben! Da mache ich mir den ganzen Tag so eine Arbeit und dann kommen wir noch nicht einmal zu einem Ergebnis. Aber wahrscheinlich hat es der echte Bundesrat auch nicht leichter.

Jugend debattiert

Jugend debattiert im Bundesrat Bonn

Das Programm richtet sich an Schulen, die bereits am Bundeswettbewerb *Jugend debattiert* teilgenommen haben. Im Bundesrat Bonn können Schüler am historischen Ort über eine Gesetzesvorlage debattieren und entscheiden wie in einer Bundesratssitzung. Das Angebot dauert vier Stunden und ist für Schüler der Jahrgangsstufen 9 bis 13 gedacht. Es eignet sich für Gruppen zwischen 20 und 35 Personen und ist kostenfrei. Eine inhaltliche Vorbereitung im Unterricht zu Aufgaben und Arbeitsweise des Bundesrats und zum Thema der Debatte ist zwingend erforderlich (zwei bis vier Unterrichtseinheiten). Materialien zur Vorbereitung sind kostenfrei erhältlich.

Anmeldung beim Besucherdienst:
Telefon: 0228 / 91 65-400
Mo–Fr, 9–16 Uhr
E-Mail: besucherdienst-bonn@hdg.de

Interview mit Theo Waigel

Das Ende der Treuhandpolitik

Interview: Ulrike Zander

20 Jahre ist es her, dass die Präsidentin der Treuhandanstalt Birgit Breuel am 31. Dezember 1994 das Eingangsschild der Bundesanstalt abnahm. Eine schwere Aufgabe lag hinter ihr, – die Politik der Treuhand hatte viele Ostdeutsche hart getroffen. Noch zu DDR-Zeiten – im Juli 1990 – hatte die Treuhandanstalt die Privatisierung der rund 8.000 Staatsbetriebe der DDR übernommen. Doch deren Zustand war schlechter als erwartet, sodass viele Betriebe geschlossen wurden und Massenarbeitslosigkeit folgte. Das *museumsmagazin* sprach mit dem damaligen Bundesminister der Finanzen Dr. Theo Waigel über die Treuhandpolitik.



Birgit Breuel, Präsidentin der Treuhandanstalt und Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) bei einer Pressekonferenz, 1992

mm Mit welchen Erwartungen haben Sie 1990 die Einsetzung der Treuhandanstalt begleitet?

Waigel Ich war froh, dass noch die DDR-Regierung die Treuhand eingesetzt hat. In Detlev Rohwedder hatten sie einen hervorragenden ersten Mann gefunden und wir waren gern bereit, die Treuhand mit entsprechendem Personal und dem Know-how, das uns zur Verfügung stand, zu unterstützen. Wir hatten im Bundesfinanzministerium eine erfahrene Abteilung, was Privatisierung betraf, die allerdings aufgelöst werden sollte. Diese sachkundigen Experten fanden nun eine neue, großartige Herausforderung.

mm Welchen Zeitraum haben Sie 1990 für die Privatisierung der Staatsbetriebe der DDR veranschlagt?

Waigel Niemand konnte sagen, wie lange wohl die Privatisierung der Staatsbetriebe dauern würde, aber einige Jahre hatten wir schon ins

Kalkül genommen. Immerhin hatte die Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland einige Jahrzehnte gedauert, bis die meisten privatisierungsfähigen Objekte auch privatisiert werden konnten.

mm Die Politik der Treuhand rief landesweite Proteste hervor. Gab es eine Alternative zur Vorgehensweise der Treuhand?

Waigel Ich sehe keine vernünftige Alternative zur Vorgehensweise der Treuhand. Detlev Rohwedder hat dies richtig formuliert mit der Devise: Wo möglich privatisieren, wo notwendig und möglich sanieren und wo nicht anders denkbar, abwickeln. Die Privatisierung war deswegen notwendig, weil die Betriebe in der damaligen DDR Zugang zum Weltmarkt benötigten, nachdem der Markt im Osten und

auch der Binnenmarkt weitgehend zusammengebrochen waren. Nur private Investoren brachten diese Weltmarktanteile für die Unternehmen in den neuen Bundesländern.

mm Welche Auswirkungen hatten die beiden wichtigsten Maximen der Treuhand: „Privatisierung vor Sanierung“ und „Rückgabe vor Entschädigung“?

Waigel Allein der Aufwand der Treuhandanstalt von über 200 Milliarden DM zeigt, dass überall saniert wurde, wo ein entsprechendes Konzept zur Verfügung stand. Das Kapital wurde für jedes Projekt zur Verfügung gestellt, das geeignet war, im künftigen Wettbewerb zu bestehen. Rückgabe vor Entschädigung entsprach dem Verfassungsverständnis des Grundgesetzes mit seinem Eigentumsschutz.



Dieser Stempel der Treuhandanstalt befindet sich in den Sammlungen des Hauses der Geschichte.

Allerdings gab es dann auch später Vorfahrtsregelungen, wo nur mit Entschädigung entsprechende Projekte durchgeführt werden konnten.

mm Vor 20 Jahren hat die Treuhand ihre Arbeit mit einem Defizit von 250 Milliarden DM eingestellt. Welche Bilanz haben Sie gezogen?

Waigel Die Treuhand hat besser gearbeitet, als dies in den Medien und in der Publizistik zum Tragen kommt. Kein Geringerer als Prof. Dr. Dr. Richard Schröder (Anmerkung der Redaktion: 1990 Fraktionsvorsitzender der SPD in der freigewählten Volkskammer und danach im Deutschen Bundestag, seit 1993 Verfassungsrichter im Land Brandenburg, später Vizepräsident der Humboldt-Universität zu Berlin), der die Dinge von Anfang an kennengelernt hat, hat dies immer wieder attestiert. Die Sanierungszahlen zeigten erst, in welchem katastrophalem Zustand sich die DDR-Volkswirtschaft befand. Leider waren uns

vor 1989 die entsprechenden Ausarbeitungen von Gerhard Schürer – Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR und Mitglied des Politbüros der SED – über die Staatsverschuldung der DDR und deren bevorstehende Zahlungsunfähigkeit nicht bekannt. Weder die Unternehmen in Westdeutschland, die vielfach mit Betrieben in der DDR kooperierten, noch die Wirtschaftswissenschaft und auch nicht die Geheimdienste wussten über den wirklichen Zustand der DDR-Volkswirtschaft und die wirkliche Verschuldung der DDR Bescheid. Eines haben wir auch zu wenig ins Kalkül gezogen: Von 1949 bis 1989 hatten über 3 Millionen Menschen die DDR verlassen. Einen solchen Aderlass an Humankapital verträgt keine Volkswirtschaft.

mm Wie beurteilen Sie heute die Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern?

Waigel Diese entwickelt sich nach dem neuesten Bericht über die Angleichung der Lebensverhältnisse in einem beachtlichen Ausmaß positiv. Es ist gerecht, wenn man den Aufschwung in den neuen Bundesländern von 1990 bis heute mit dem Niveau vergleicht, das sich von 1950 an in der Bundesrepublik Deutschland vollzogen hat. Im Übrigen zeigen die Sozialtransfers, dass sich die Lebenserwartung der Menschen in den neuen Bundesländern stärker verbessert hat als im westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland. Bei einer ehrlichen Bilanz müsste auch berücksichtigt werden, welchen Anteil am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland die 3 Millionen Ostdeutschen gehabt haben, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten.

Historischer Rückblick auf Sexualität und Partnerschaft

Schamlos? Sexualmoral im Wandel

von Kornelia Lobmeier

Das Miteinander der Geschlechter hat sich in den vergangenen sieben Jahrzehnten tiefgreifend und nachhaltig verändert. Traditionelle Werte und Leitbilder sind über Bord gegangen – in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR. Heute scheint mit Blick auf Sexualität und Partnerschaft alles möglich. Aber macht uns das wirklich frei? Die neue Ausstellung „Schamlos? Sexualmoral im Wandel“, die seit dem 14. November 2014 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig präsentiert wird, geht diesen Veränderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach.



„Und jetzt frage ich dich, Mädels: Kennst du den Mann denn, mit dem du dann eines Tages vor den Traualtar trittst? (...) Hüte dich, den Casanova in ihm herauszufordern! Sonst wird er an deiner Seite wie ein Flakscheinwerfer mit geilen Augen die Straße nach sexueller Aufputschung abgrasen.“ Mit diesen Worten warnte der in den 1950er und 1960er Jahren als Wanderprediger bekannt gewordene Pater Johannes Leppich junge Mädchen und Frauen vor den sexuellen Begierden des anderen Geschlechts. Am Anfang der neuen Ausstellung in Leipzig ist deutlich erkennbar, dass das in der Bundesrepublik von Kirchen und Politik öffentlich propagierte Ideal in vorehelicher Keuschheit und einer monogamen Ehe mit dem Mann als „Ernährer der Familie“ und der Frau als „treusorgender Hausfrau und Mutter“ bestand. Zwar hatte das Grundgesetz die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festgeschrieben, doch die gesetzliche Umsetzung ließ auf sich warten. Homosexualität, Abtreibung, Pornografie, Kuppelei und Ehebruch wurden strafrechtlich verfolgt. Sexuelle Aufklärung blieb weitgehend ein Tabu. Aussagekräftige Objekte verdeutlichen diese Zusammenhänge in der Ausstellung: So verweist das Buch *Ich liebe und heirate. Gesundes Liebes- und Eheleben* von 1953 auf den vorgezeichneten Weg der Frau in dieser Zeit.

Wunschbild und praktiziertes Verhalten klappten jedoch weit auseinander. Fast die Hälfte aller Frauen war seit den 1950er Jahren erwerbstätig, denn viele hatten ihre Männer im Zweiten Weltkrieg verloren. Die Scheidungsrate stieg an, vor allem bedingt durch die lange Trennung während des Krieges und der Gefangenschaft. Selbst wenn sich 1969 noch 70 Prozent der Westdeutschen gegen die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen aussprachen, war sie immer seltener eine vorübergehende Episode in den Biografien der Frauen.

Auch die Appelle, keusch zu sein und Sexualität auf die Ehe zu beschränken, zeigten nur begrenzten Erfolg: In Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach aus den Jahren 1949 und 1963 billigte eine große Mehrheit der Befragten vorehelichen Geschlechtsverkehr und gab an, selbst bereits mit einschlägigen Erfahrungen in die Ehe gegangen zu sein. Ende der 1950er Jahre ging fast jede dritte Frau schwanger in die Ehe. Fehlende Verhütungsmöglichkeiten führten trotz strafrechtlichen Verbots zu einer hohen Zahl von Abtreibungen.

Sozialistische Moral

Einen weiteren Schwerpunkt legt die Ausstellung „Schamlos. Sexualmoral im Wandel“ auf die Situation in der DDR: Hier verfolgte die SED das Ziel, nach sowjetischem Vorbild die Idee des Kommunismus zu verwirklichen und den „neuen sozialistischen Menschen“ zu schaffen. Mit diesem Konzept griff sie in das Leben des Einzelnen bis in seinen intimsten Bereich ein. Sie bekämpfte die Kirchen und drängte damit auch den Einfluss der christlichen Sexualmoral zurück. An ihre Stelle setzte sie eigene Normen. So forderte die SED in den „Zehn Geboten der sozialistischen Moral“ dazu auf, „sauber“ und „anständig“ zu leben. In den 1950er und 1960er Jahren kam es wiederholt zu Parteiverfahren gegen SED-Mitglieder, die gegen die rigiden moralischen Maßstäbe verstoßen hatten.

Damit die Frauen „ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren“ konnten, sicherte ihnen das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ von 1950 zumindest formal gleiche Rechte und Pflichten wie den Männern zu. Das geschah vor allem aus ökonomischen Gründen. Für viele Frauen bedeutete dies jedoch einen Zugewinn an Unabhängigkeit, selbst wenn sich die Rollenbilder in den Familien kaum änderten.

Besucherandrang zur Eröffnung der Ausstellung „Schamlos? Sexualmoral im Wandel“ im Zeitgeschichtlichen Forum am 13. November 2014. Die Präsentation überrascht mit vielen spannenden Einsichten und Perspektiven.



Der ungeklärte Mord an der Frankfurter Prostituierten Rosemarie Nitribitt bildet den Anlass für den Film „Das Mädchen Rosemarie“ von 1958.

und Frauen nur sehr begrenzt in Führungspositionen aufstiegen. Die daraus resultierende Mehrfachbelastung und wachsende Unzufriedenheit trugen mit zur hohen Scheidungsrate in der DDR bei.

„Sexuelle Befreiung“?

Die Präsentation im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zeigt durch zahlreiche Objekte, Medienstationen und Fotografien, dass die Einführung der Antibabypille 1961 in der Bundesrepublik Deutschland und 1965 in der DDR eine entscheidende Zäsur in der Entwicklung der Geschlechterbeziehungen und des Sexualverhaltens war. Die „Pille“ wurde zum Synonym für eine befreite und angstfreie Sexualität. Ab Mitte der 1960er Jahre brachte die „Sexwelle“ in der Bundesrepublik eine neue Freizügigkeit in Kultur, Medien, Werbung und Mode. Damit einher ging eine zunehmende Kommerzialisierung von Sexualität: Pseudowissenschaftliche „Aufklärungsfilme“ überschwemmten die bundesdeutschen Kinos und wurden zu Kassenschlagern, 1965 eröffnete Beate Uhse ihre erste Sexshop-Filiale in Hamburg.

Seit Ende der 1960er Jahre trat die Studentenbewegung gegen eine als veraltet empfundene Sexualmoral und traditionelle Familienstrukturen an. Gleichmaßen öffentlichkeitswirksam wie provokativ stellte die 1967 gegründete Kommune I überkommene Vorstellungen von Familie, Sexualität und Nacktheit auf den Kopf – von der großen Mehrheit der Bevölkerung entrüstet abgelehnt. Dennoch beeinflussten die „68er“ das Wertesystem in der Bundesrepublik und trugen zur weiteren Liberalisierung bei.

Enttabuisierung und Rückbesinnung

Nach dem Regierungswechsel 1969 brachte die sozial-liberale Koalition lang umkämpfte Änderungen des Ehe- und Familienrechts sowie des Strafrechts auf den Weg. Die Eherechtsreform von 1976 ersetzte das „Schuld-“ durch das „Zerrüttungsprinzip“. Kuppelei, Ehebruch, Pornografie und Homosexualität verschwanden als Straftatbestände aus dem Gesetzbuch – solange sie nicht Belange des Jugendschutzes berührten. „Sexualkunde“ wurde 1969 bundesweit als Unterrichtsfach eingeführt, wie der erste *Sexualkunde-Atlas* in der Ausstellung veranschaulicht, der für eine systematische Sexualkundeerziehung in der Bundesrepublik eingesetzt wurde und lebhaft Diskussionen in der Gesellschaft auslöste.

Obwohl seit 1968 bzw. 1969 nicht mehr strafrechtlich verfolgt, waren gleichgeschlechtliche Beziehungen in beiden deutschen Teilstaaten mit starken Ressentiments behaftet. In der DDR blieb Homosexualität weitgehend ein Tabu. Staatliche Stellen unterbanden alle Versuche, Interessenvertretungen zu schaffen. In der Bundesrepublik bereitete der rasante Wertewandel auch einem Umdenken gegenüber Homosexualität den Boden. Mit dem „Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft“ von 2001 erzielte die Schwulen- und Lesbenbewegung einen wichtigen Teilerfolg.

Doch zunehmend werden auch die Ambivalenzen der sexuellen Liberalisierung spürbar: Die Ausbreitung des Internets eröffnet ein neues Aktionsfeld – weitgehend anonym und unkontrolliert. Nicht zuletzt die im Sommer 2013 entbrannte Debatte um die Einstellung der Grünen zur Pädophilie machte deutlich, dass die überzogene Interpretation von sexueller Freiheit auch zu einem verharmlosenden Umgang mit Kindesmissbrauch geführt hatte. Weiterhin lockt das liberale Prostitutionsgesetz von 2002 Sextouristen aus aller Welt nach Deutschland. Durch die ständige Verfügbarkeit von Sex in den neuen Medien sehen Kritiker bereits eine „Generation Porno“ heranwachsen. Als Reaktion darauf – so wird dem Ausstellungsbesucher am Ende der Präsentation bewusst – ist aktuell eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte wie Treue und Familienzusammenhalt zu beobachten.

In den 1970er Jahren leitet die SED in der DDR verschiedene familien-politische Maßnahmen ein, um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

Kalkulierte Provokation: Der Roman *Feuchtgebiete* von Charlotte Roche erschien 2008; im August 2013 kam die gleichnamige Verfilmung in die Kinos.

Der Film „Schulmädchen Report“ schwimmt Anfang der 1970er Jahre auf der sogenannten Sexwelle.

Was 14 jährige von der Liebe wissen

Was 15 jährige von der Liebe halten

Wie 16 jährige lieben

Hier zeigen sie es zum erstenmal

Nach dem bekannten gleichnamigen Buch von Dozent Günther Hunold erschienen im KINDLER-VERLAG, München



Schulmädchen Report

Was Eltern nicht für möglich halten





Bundespressekonferenz: Sigmar Gabriel (li., SPD), Angela Merkel (CDU) und Horst Seehofer (re., CSU) präsentieren am 27. November 2013 den Koalitionsvertrag.

Neue Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig

Unter Druck! Medien und Politik

von Anne Martin

Die Politik zu beobachten und zu kommentieren – so lautet der Auftrag der Medien in Deutschland. Als „vierte Gewalt“ sollen sie unabhängig sein und sich von niemandem vereinnahmen lassen. Der Frage, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Form und mit welchen Folgen Presse und Rundfunk ihr „Wächteramt“ hierzulande ausgeübt haben und ausüben, widmet sich die neue Wechselausstellung „Unter Druck! Medien und Politik“, die seit dem 5. Dezember 2014 bis zum 9. August 2015 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig zu sehen ist.

Einleitend wird dem Besucher die Grundlage unserer Medienlandschaft vor Augen geführt: Seit Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 garantiert das Grundgesetz Pressefreiheit und ermöglicht so eine große Bandbreite an Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksendern, die die Politik aufmerksam und vielstimmig begleiten.

Zensur in der DDR

Welche Folgen es hat, wenn unabhängige Medien fehlen, zeigt der Blick auf die Entwicklung in der DDR. Einfuhr und Verbreitung westlicher Presseerzeugnisse standen dort unter Strafe. Die alleinregierende Staatspartei SED verfügte über das Informationsmonopol und lenkte durch Vorgaben, Verbote und ständige Kontrolle die Berichterstattung in ihrem Sinne. Ergebnis war, dass Journalisten in der DDR keinerlei Kritik an den Herrschenden übten, den ostdeut-

schen Teilstaat als das „bessere Deutschland“ feierten und ein höchst negatives Bild von der Bundesrepublik vermittelten. Über das Weltgeschehen und die tatsächlichen Entwicklungen im eigenen Land informierten sich die meisten Menschen in der DDR daher durch den Empfang westlicher Radio- und Fernsehsender.

Pressefreiheit in der Bundesrepublik

Breiten Raum gibt die Ausstellung zwei Zäsuren in der bundesdeutschen Geschichte, bei denen Medien im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen: der „Spiegel“-Affäre 1962 und den Auseinandersetzungen um die Springer-Presse zur Zeit der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre. Die Ausstellung erinnert auch an den Streit um die Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der sich vor allem an Politmagazinen wie „Panorama“ und „Monitor“

seit Mitte der 1960er Jahre entzündete. Mit Originalrequisiten und einer Videowand führt sie zudem vor Augen, wie stark sich mit der Einführung kommerzieller Fernsehprogramme Mitte der 1980er Jahre und Fernsehformaten wie Talkshows, TV-Duellen und Satiresendungen die politische Streitkultur gewandelt hat.

Kontrollverlust im Netz

Schließlich geht es in „Unter Druck! Medien und Politik“ auch um die Folgen der digitalen Revolution: Das Internet ermöglicht heute jedem, zu jeder Zeit und ohne die Filterung durch Presse oder Rundfunk, Informationen zu erhalten oder zu verbreiten. Dadurch hat sich die Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft stark verändert, die „klassischen“ Medien haben bei der Nachrichtenübermittlung an Bedeutung verloren. Dass der digitale Wandel die flächendeckende Überwachung der Bevölkerung durch Geheimdienste ermöglicht hat, stellt Journalisten gegenwärtig vor eine doppelte Herausforderung: Sie müssen die Folgen dieser Entwicklung für ihre Arbeit ständig mitbedenken, etwa neue Konzepte entwickeln, um ihre Informanten zu schützen. Letztlich müssen sie ihr „Wächteramt“ wahrnehmen und die Öffentlichkeit über Ausmaß und Konsequenzen der neuen Ausspähmöglichkeiten aufklären.



Das Lebendige Museum Online präsentiert deutsche Geschichte im Netz

Vorhang auf für das neue LeMO

von Veronica Vargas Gonzalez

„Kreativität, Fingerspitzengefühl und Mut sind notwendig, um Geschichtsinteresse zu wecken. Das alles gelingt LeMO“, resümierte Staatsministerin für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters, MdB am 17. September 2014 im Tränenpalast in Berlin. Erwartungsfreudig waren Schüler, Studenten, Lehrer, Historiker und Pressevertreter in die ehemalige Ausreisehalle der DDR gekommen, um am offiziellen Startschuss für das neue Lebendige Museum Online (LeMO) teilzuhaben und damit als Erste das neue Internetportal erkunden zu können.

„Geschichtsmuseen können Jugendliche einschüchtern“, so Grütters. Mit dieser Aussage erntete sie zustimmendes Nicken der Neuntklässler aus der Caspar-David-Friedrich Schule in Berlin-Marzahn. „Aber LeMO macht als digitales Museum das möglich, was in der realen Welt schwierig ist: Es bietet eine Reise durch die Zeit, bei der ihr selbst das Tempo bestimmen könnt“, erklärte die Kulturstaatsministerin weiter und weckte damit nicht nur bei den jungen Gästen großes Interesse.

LeMO-Relaunch

Drei Bundesinstitutionen – die Stiftung Haus der Geschichte, die Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin und das Bundesarchiv – sind am neuen Portal be-

teiligt, das in den letzten zwei Jahren von Grund auf neu gestaltet worden ist. Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte, setzte das Onlineportal in den geschichtlichen Kontext: „LeMO ist 1998 ans Netz gegangen und somit selbst schon historisch.“ Einige der Gäste im Tränenpalast seien jünger als das Onlineportal, bemerkte Hütter schmunzelnd.

teiligt, das in den letzten zwei Jahren von Grund auf neu gestaltet worden ist. Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte, setzte das Onlineportal in den geschichtlichen Kontext: „LeMO ist 1998 ans Netz gegangen und somit selbst schon historisch.“ Einige der Gäste im Tränenpalast seien jünger als das Onlineportal, bemerkte Hütter schmunzelnd.

Online!

Vorhang auf: Kulturstaatsministerin Monika Grütters, Stiftungspräsident Hans Walter Hütter, der Präsident des Deutschen Historischen Museums Prof. Dr. Alexander Koch und Bettina Martin-Weber, Abteilungsleiterin im Bundesarchiv, wischten auf einem großen Touch-Screen gemeinsam einen virtuellen, roten Theatervorhang zur Seite und schalteten damit die neue Internetseite frei. Anschließend stellten die Projektleiter Dr. Ruth Rosenberger und Dr. Arnulf Scriba LeMO im Detail vor: Das Portal besteht aus chronologischen Kapiteln, Objektpräsentationen, Videos, Jahreschroniken, Biografien, Zeitzeugen-Berichten und Materialien für den Unterricht – was die Lehrer unter den Gästen im Tränenpalast ganz besonders erfreute. Nun gab es bei den Gästen kein Halten mehr: Tablet-Com-

puter wurden verteilt, Jung und Alt versammelten sich an den Stehtischen oder auf den Treppenstufen des Tränenpalasts und probierten LeMO erwartungsvoll aus. Tiefe Konzentration, neugieriges Wischen und freudiger Austausch über alle Tische hinweg, während im Hintergrund die berühmte Rede des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy von 1963 lief: „Ish bin ein Bearleener!“.

Begeisterung!

Auf LeMO ist Verlass: „Toll, dass man LeMO auch in Facharbeiten zitieren darf“, so die Schülerin Elisa von der Caspar-David-Friedrich Schule. Alle Texte sind wissenschaftlich fundiert und mit empfohlener Zitierweise ausgestattet. Neuntklässlerin Yves tauschte sich direkt mit Staatsministerin Monika Grütters aus. Dank ihrer elf Nefen ist Grütters bestens informiert, was Jugendliche interessiert, und konnte ein paar Tipps geben, wie LeMO am besten zu nutzen ist. Geschichtsstudentin Charlotte Jahnz war begeistert, dass die LeMO-Texte unter CC-Lizenz stehen, die eine kostenlose Weiterverwendung bei Namensnennung erlaubt. Jahnz setzt sich im Netz für „Open Access“ ein: Wissenschaftliche Texte sollen kostenfrei und öffentlich im Internet zugänglich sein. Studentin Helen May freute sich, dass LeMO für mobile Geräte mit Touchscreen optimiert ist: „Schade, dass es das nicht schon zu meiner Abi-Zeit gab! Da hätte das Lernen auf die Prüfungen richtig Spaß gemacht!“, sagte sie lachend. Am Ende verabschiedete Alexander Koch die Gäste mit dem Versprechen, dass „nach dem Relaunch vor der Weiterentwicklung“ sei: „LeMO wird konsequent weiter ausgebaut werden.“

> www.hdg.de/lemo



1 Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

bonn Mit einem Festakt feierte die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Bonn am 9. September 2014 im Haus der Geschichte ihr 60-jähriges Bestehen. Kommunikationsdirektor der Stiftung Prof. Dr. Harald Biermann verwies in seinem Grußwort auf die antisemitischen Stimmen, die im Sommer 2014 durch den Gaza-Krieg zwischen Israel und den Palästinensern in Deutschland wieder laut geworden waren und betonte, wie wichtig vor diesem Hintergrund die Arbeit der Gesellschaft nach wie vor sei. Der Bonner Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch gratulierte der Gesellschaft ebenso wie Landesrabbiner em. Dr. h.c. Henry G. Brandt, jüdischer Vorsitzender des Deutschen Koordinierungsrats. Dieser forderte in seinem Vortrag „Im Dialog bleiben – trotzdem?!“ dazu auf, die Kräfte zu vereinen, den internen Streit zu lassen und die roten Linien zu ziehen. *Ulrike Zander*

2 Eröffnung „Zeichen. Sprache ohne Worte“

berlin Am 23. September 2014 eröffnete das Museum in der Kulturbrauerei in Berlin die zweite Wechselausstellung „Zeichen. Sprache ohne Worte“. Zu Gast war Rhetorik-Coach Dr. Werner Dieball, der sich wissenschaftlich mit typischen Gesten und Körperhaltungen deutscher Politiker im Wahlkampf beschäftigt. Im Gespräch mit Prof. Dr. Harald Biermann kommentierte er, was bei öffentlichen Auftritten zu tun und zu lassen sei – auf diese Weise deckte er gravierendes Fehlverhalten auf. Im Anschluss konnten die Gäste das Thema Körpersprache und Politik in der Ausstellung vertiefen und die Welt der Zeichen entdecken. Die Ausstellung ist noch bis zum 12. April 2015 in Berlin zu sehen. *Nina Schumacher*



3 Falling Walls – Das Streben nach Freiheit

berlin Mit Blick auf das Jubiläum „25 Jahre Mauerfall“ lud die Stiftung Haus der Geschichte am 29. September 2014 die Falling Walls Foundation in den Tränenpalast ein, um am historischen Ort über das Thema „Das Streben nach Freiheit“ zu diskutieren. Das Grußwort sprach Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der an seine persönlichen Erinnerungen an den Tränenpalast zur Zeit der deutschen Teilung anknüpfte. Die Veranstaltung war in zwei Sessions aufgeteilt: Auf jeweils drei Kurzvorträge zu Beginn folgte eine moderierte Diskussion. Unter den Diskussions Teilnehmern befanden sich Prof. Dr. Jens Reich, Bürgerrechtler während der friedlichen Revolution im Herbst 1989, und Besma Mhamdi, Aktivistin während der Revolution in Tunesien 2010/11 und Präsidentin der Organisation „Youthcan!“. *Nina Schumacher*

4 Museumsfest

leipzig Am 12. Oktober 2014 feierte das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig sein 15-jähriges Bestehen mit einem Museumsfest. Direktor Prof. Dr. Rainer Eckert lud die Gäste aus diesem Anlass zu Geburtstagsstorte und Sekt ein. Zudem stand eine weitere Feierlichkeit im Mittelpunkt des Nachmittags: Am 9. Oktober 1989 gingen in Leipzig mehr als 70.000 Menschen auf die Straße, um für Freiheit und demokratische Grundrechte zu demonstrieren. Zur Erinnerung an die friedliche Revolution vor 25 Jahren konnten Kinder beim Museumsfest eigene Plakate mit Wünschen für die Zukunft gestalten. Abgerundet wurde das Programm durch musikalische Einlagen der Rock'n'Roll-Band „The Hornets“ zur Finissage der Wechselausstellung „The American Way. Die USA in Deutschland“. Ergänzend wurden Begleitungen durch die Ausstellung angeboten sowie eine Mitmach-Malwand zum Thema „Mein Amerika“ mit Unterstützung des Leipziger Comiczeichners Schwarwel. Das Museumsfest brachte zahlreiche Besucher ins Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, darunter viele Familien mit Kindern. *Sarah Waldhauser*



5 100.000. Besucherin

bonn Christina Standke aus Berlin ist die 100.000. Besucherin der Wechselausstellung „Is(s) was?! Essen und Trinken in Deutschland“, die bis zum 12. Oktober 2014 im Haus der Geschichte in Bonn zu sehen war. Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte, begrüßte die 61-Jährige, die in Bonn geboren ist, am 23. September 2014 mit einem herbstlichen Blumenarrangement. „Ich besuche zur Zeit meine Schwester in Bonn und wollte mit einer Freundin mal wieder ins Haus der Geschichte“, sagte die überraschte Jubiläumsbesucherin. *Peter Hoffmann*

6 „Herbst in Peking“ und Stephan Krawczyk live

leipzig Auch Liedermacher Stephan Krawczyk musste erfahren, wie schnell eine Karriere in der DDR zu Ende gehen konnte, wenn jemand als unbequemer Künstler galt: Nachdem ihm die Zulassung als Berufsmusiker entzogen worden war, konnte er nur noch unter dem Schutz der Kirche auftreten. Der Dokumentarfilm „Im Namen des Herrn. Kirchen, Pop und Sozialismus“ zeichnet die Entwicklung der brisanten Symbiose aus Popmusik und evangelischen Kirchenhäusern in der DDR von den 1950er Jahren bis zum Mauerfall 1989 nach. In Kooperation mit der Stiftung Aufarbeitung präsentierte das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig am 17. Oktober 2014 den Film vor 200 Gästen. Unter der Leitung von Prof. Dr. Bernd Lindner, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums, diskutierten anschließend Regisseur Tom Franke, Sänger Rex Joswig von „Herbst in Peking“, Stephan Krawczyk sowie der Musikwissenschaftler Prof. Dr. Michael Rauhut darüber, in welchem Maße und mit welcher Wirkung Jazz, Blues, Rock oder Punk die Gotteshäuser eroberten. Die Ost-Berliner Indie-Rockband „Herbst in Peking“ – die vor allem durch den Song „Bakschischrepublik“ (1990) bekannt geworden ist – und Stephan Krawczyk traten an diesem Abend live im Zeitgeschichtlichen Forum auf. *Eike Hemmerling*



7 50. Volontärin im Haus der Geschichte

bonn Mit der Historikerin Dr. des. Ulrike Schröber (li., neben ihr die drei aktuellen Volontärkollegen) hat die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die 50. wissenschaftliche Volontärin eingestellt. Wer als promovierter Historiker oder Politikwissenschaftler eine berufliche Tätigkeit im Museumsbereich anstrebt, verschafft sich dafür durch ein wissenschaftliches Volontariat im Haus der Geschichte beste Voraussetzungen. Während ihrer zweijährigen Ausbildungszeit verbringen die Volontäre je sechs Monate in den Abteilungen Ausstellungen, Öffentlichkeitsarbeit, Sammlungen und Direktion. Zum Volontariat gehört außerdem ein je vierwöchiger Aufenthalt im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und an einem weiteren Museum nach Wahl. Alternativ können die Wissenschaftler auch am Trinationalen Austauschprogramm mit Intensiv-Sprachkurs und Arbeitsaufenthalt an einem französischen oder belgischen Museum teilnehmen. „Der Außenstehende kann nur schwer nachvollziehen, wie viele und komplexe Tätigkeiten hinter einer Ausstellung und dem dazugehörigen Rahmenprogramm stehen: Gestalter, Rechercheure, Dokumentare, Depotverwalter, Schweißer, Elektriker, Schreiner, Redakteure, Gestalter und viele mehr müssen zusammenarbeiten, um unseren Besuchern spannende Stunden im Museum zu ermöglichen“, so Schröber. Als wissenschaftliche Volontärin in Bonn hat sie unter anderem die Möglichkeit, Besucher durch die Ausstellung zu begleiten. „Ich kann auf diese Weise mein Gegenüber von Geschichte begeistern und unsere Besucher können ein Stück Wissen über unsere Vergangenheit mitnehmen“, freut sich die Historikerin. *Ulrike Zander*



8



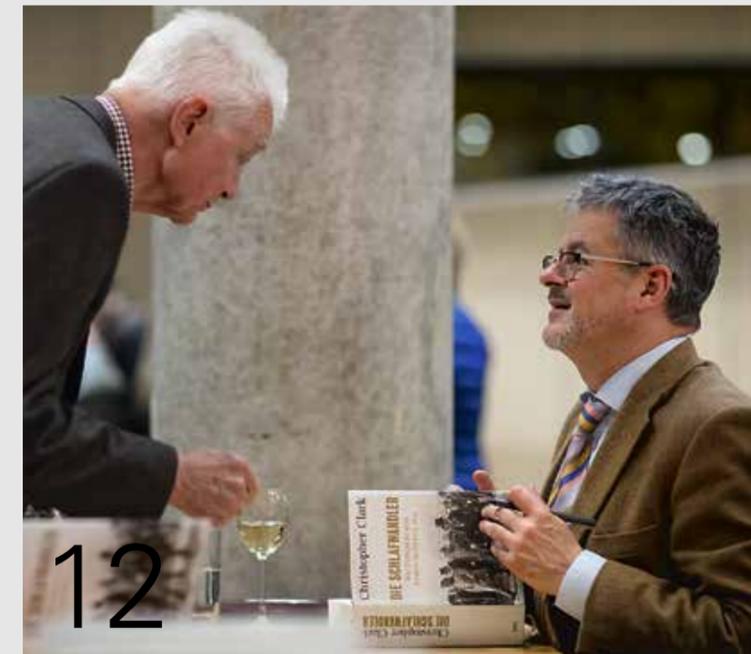
9



10



11



12

8 Leben vor dem Mauerfall

leipzig Fotograf Harald Hauswald und Schriftsteller Lutz Rathenow, seit 2011 Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, stellten am 16. Oktober 2014 ihr Buch *Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall* im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig vor – eine Publikation mit Vorgeschichte: Ende der 1980er Jahre veröffentlichten Hauswald und Rathenow als oppositionelle DDR-Künstler in der Bundesrepublik einen Text-Foto-Band über Ost-Berlin, der zwar in der DDR verboten war, aber dennoch zum Kultbuch wurde. *Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall* war und ist ein schonungsloses Städteporträt und eine Reise in die Vergangenheit: „Es war unsere Art der Liebeserklärung“, schreibt Rathenow im Vorwort der Neuausgabe, die im Frühjahr 2014 erschien. Sie wurde ergänzt durch bisher unveröffentlichtes Fotomaterial, einen Beitrag von Ilko-Sascha Kowalczyk über die Stasi-Überwachung der Künstler sowie einen Essay von Rathenow zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Buches. *Eike Hemmerling*

9 Abgehauen

bonn Im Rahmen des Jubiläums „25 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall“ las am 12. November 2014 die Autorin Grit Poppe aus ihrem Buch *Abgehauen*, in dem die Geschichte eines jungen Mädchens erzählt wird, das die Härte der sozialistischen Umerziehung in einem geschlossenen Jugendwerkhof zu spüren bekommt und versucht, aus der DDR zu fliehen. Die Zeitzeugin Kathrin Begoin begleitete die Lesung musikalisch und sprach im Anschluss mit Grit Poppe und dem ehemaligen Kanzleramtsminister und Bundesminister für besondere Aufgaben Dr. Rudolf Seiters über die friedliche Revolution. Moderiert von Dietmar Kanthak, Feuilleton-Chef des *Bonner General-Anzeigers*, erzählten Seiters, Begoin und Poppe von den politischen Prozessen im September 1989, die am 30. September mit der Ausreiseerlaubnis für Tausende Flüchtlinge in der Deutschen Botschaft in Prag ihren emotionalen Höhepunkt fanden. *Ulrike Zander*

10 Ein Volk nimmt sich die Freiheit

bonn Dass ihnen der Untertitel ihres neuen Buches *Mauerfall. Ein Volk nimmt sich die Freiheit* besonders wichtig ist, brachten die Autoren Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff (li.) bei der Buchvorstellung im Haus der Geschichte in Bonn am 9. November 2014 deutlich zur Sprache: „Das Buch erzählt die Geschichte der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung in Geschichten – am Beispiel einzelner Personen oder Ereignisse. Weil Menschen Geschichte machen, Frauen und Männer, nicht irgendwelche ‚Strukturen‘ oder politischen Ideen“, erklärten Keil und Kellerhoff die Besonderheit ihrer Publikation. Die Aura des 25. Jahrestages des Mauerfalls trug mit dazu bei, dass die Intention der Autoren und die Veranstaltung insgesamt – eine Kooperation des Hauses der Geschichte mit der Edition Lingen Stiftung – das Publikum begeisterte. Moderiert von Kommunikationsdirektor Prof. Dr. Harald Biermann diskutierte der ehemalige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Dr. Norbert Blüm (re.) gewohnt humorvoll und kenntnisreich mit den Autoren über die Gründe für den Zusammenbruch der DDR, die besondere Rolle der oppositionellen Bewegung, den Mauerfall selbst, die improvisierten Verhandlungen nach der Maueröffnung, über die Wahlkampfveranstaltungen vor dem 18. März 1990 in der DDR bis hin zur Veränderung des Bewusstseins der Menschen nach 25 Jahren Deutscher Einheit. „Es war doch ein Wunder: Da zieht die Sowjetarmee unter den Klängen einer Militärkapelle ab – dirigiert von Boris Jelzin, der auch schon zwei Wodka zu viel getrunken hatte. Das ist doch wie im Märchen“, resümierte Blüm das für ihn größte Friedensereignis der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. *Ulrike Zander*

11 Lesefest Käpt'n Book

bonn Eines der größten deutschen Festivals für Kinder- und Jugendliteratur war am 15. November 2014 zu Gast im Haus der Geschichte in Bonn. Für die zahlreichen Kinder und Jugendlichen sowie für deren Eltern war es ein wahres Geschenk: Jenseits von Smartphones und Tablets wurden über hochkarätige Autorenlesungen, Musicals und Zeichnungen Geschichten erzählt, Fantasie in Gang gesetzt und Zuhören geübt. Die einzige Schwierigkeit lag in der Qual der Wahl: Einige Lesungen verliefen zeitgleich, sodass die Gäste Prioritäten setzen mussten. Diejenigen, die sich für Kirsten Boie und ihre Lesung aus *Leinen los, Seeräuber-Moses* entschieden, waren begeistert. Die mehrfach preisgekrönte Kinderbuchautorin bezog ihre Zuhörer bei der Lesung mit ein, stellte sich den Fragen ihres Publikums und präsentierte als Zugabe einige kuriose Buchcover ihrer zahlreichen Publikationen aus dem Ausland, die nur noch wenig mit dem Inhalt des Buches zu tun haben. Sehr viele Kinder entschieden sich für das Musical *Kuno Knallfrosch* oder für die szenische Lesung des Buches *Das magische Baumhaus*. Der gesamte vierte Band der Serie wurde durch die Darsteller und die Mitmach-Aktionen des Publikums lebendig (o.). Zum 20. Jubiläum von *Briefe von Felix* lud Annette Langen die kleineren Kinder ein, während die etwas Älteren eine Lesung und ein Gespräch mit der Zeitzeugin Tamar Dreifuss über *Die wundersame Rettung der kleinen Tamar 1944 – Ein jüdisches Mädchen überlebt den Holocaust* erleben konnten. Besonders spannend las auch Nina Weger aus ihrem Buch *Die sagenhafte Saubande* vor, während Catharina Valckx während ihrer Lesung aus *Pfoten hoch* zudem zeichnete. Neben all diesen Attraktionen fanden Begleitungen für Familien durch die aktuelle Wechselausstellung „Festakt oder Picknick? Deutsche Gedenktage“ statt. Ein lehrreiches und inspirierendes Fest begeisterte die lesefreudigen Museumsbesucher. *Ulrike Zander*

12 Kein Sieg könnte da trösten

bonn Große Erfolge zeitigen Konsequenzen. Der Saal im Haus der Geschichte war am 25. September 2014 bis auf den letzten Platz belegt; die Veranstaltung wurde direkt ins Foyer übertragen, um dem Andrang Herr zu werden. Alle waren gekommen, um Prof. Dr. Christopher Clark zu erleben. Von seinem Buch *Die Schlafwandler* zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren haben sich in Deutschland bis heute rund 220.000 Exemplare verkauft – ein gigantischer Erfolg für ein Sachbuch. Der lebendige und mit vielen Anekdoten gewürzte Vortrag des australischen Historikers, der in Cambridge lehrt, wurde umrahmt von Gedichten und Liedern, die sich ebenfalls mit dem „Großen Krieg“ auseinandersetzten. Den Künstlern – Franziska Böhm, Björn Geske, Burkhard Niggemeier – gelang es, das Publikum ebenfalls zu begeistern. Die drei Veranstalter – die Konrad-Adenauer-Stiftung, *Die Zeit* mit *Christ & Welt* sowie die Stiftung Haus der Geschichte – können auf einen gelungenen Abend zurückblicken. Christopher Clark signierte sein Opus magnum, bis die umfangreichen Vorräte des Museumsshops ausverkauft waren. *Harald Biermann*



1 „Unter Druck! Medien und Politik“

Die neue Ausstellung „Unter Druck! Medien und Politik“ der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird vom 5. Dezember 2014 bis zum 9. August 2015 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig präsentiert. Sie macht deutlich, wie unverzichtbar Medien für eine Demokratie sind, welchen Einfluss sie auf Politik und Öffentlichkeit nehmen und mit welchen Folgen die Medien ihr „Wächteramt“ ausüben.

2 Vor 40 Jahren: Peter Lorenz entführt

Zum ersten und letzten Mal erfüllte die Bundesregierung sämtliche Forderungen der Entführer: Als am 27. Februar 1975 der Vorsitzende der West-Berliner CDU Peter Lorenz entführt wurde, verlangte die „Bewegung 2. Juni“ im Austausch gegen den Politiker die Freilassung von sechs Terroristen.



3 50 Jahre diplomatische Beziehungen Israel-Bundesrepublik

Die besondere Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel aufgrund der Verantwortung für die Shoah wurde am 12. Mai 1965 intensiviert, als die deutsch-israelischen Beziehungen auch auf diplomatischer Ebene aufgenommen wurden. Das Haus der Geschichte erinnert mit mehreren Veranstaltungen an die deutsch-israelische Geschichte.



Ruhestörung von Ulrich Op de Hipt

Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 nutzten unter anderen deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa die neue Reisefreiheit zur Auswanderung in die Bundesrepublik. 1990 kamen 400.000 Menschen nach Deutschland. Im selben Jahr nahm auch die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge deutlich zu: Rund 190.000 kamen ins Land – so viele wie nie zuvor. In der Bevölkerung weckten die hohen Zahlen der Zuwanderer mit Blick auf die Herausforderungen der Wiedervereinigung Ängste vor einer „Überflutung Deutschlands“.

Dieter Hanitzsch konfrontiert in seiner Karikatur eine deutsche Durchschnittsfamilie mit der Heiligen Familie. Josefs Bitte um eine Unterkunft für die Nacht stört die Ruhe bei der üppigen Bescherung am Weihnachtsabend. Die Hilfsbereitschaft der saturierten Wohlstandsfamilie ist auch zum Fest der Liebe gering ausgeprägt. Sie erkennt Josef, Maria und das Jesuskind nicht, sieht in den Bittstellern „Asylanten“ oder „Aussiedler“ und reagiert abweisend. Die Menschen feiern das Weihnachtsfest, haben aber keinen Bezug zur Botschaft des Evangeliums.

Dieter Hanitzsch veröffentlichte die Karikatur im Dezember 1990 in der Zeitschrift *Quick*. Von 1980 bis 1992 war er ständiger Mitarbeiter der Illustrierten und prägte mit seinen großformatigen, farbigen Arbeiten das satirische Profil des Magazins. Der Karikaturist wurde im vergangenen Jahr 80 Jahre alt und zeichnet heute für die *Süddeutsche Zeitung* sowie den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag.

> www.hdg.de unter: Sammlungen/Karikaturengalerie

impressum

Herausgeber
Schleiner + Partner Kommunikation GmbH
Schwaighofstraße 18
79100 Freiburg
Telefon: 07 61 / 7 04 77 0
Fax: 07 61 / 7 04 77 77
Internet: www.schleiner.de
E-Mail: kontakt@schleiner.de

im Auftrag der
Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland
Museumsmeile
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn
Internet: www.hdg.de

Redaktion
Dr. Ulrike Zander
Michael Schleiner (S+P, V.i.S.d.P.)

Autoren
Nicht gekennzeichnete Beiträge:
Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Abbildungen
• Annese, Lorenzo, Bokensdorf: S. 15 o.l.
• atelier42 visuelle kommunikation, Halle/
Saale: S. 5 o.M. • Bildarchiv Preußischer
Kulturbesitz/Max Ittenbach: S. 9 o.r. • BÜRO
WEISS, Christoph Bebermeier, Berlin: Titel,
S. 5 o.l. • CWP Film/Universal Pictures/Heike
Ulrich: S. 38 u.r. • dpa: S. 17 o.r., 38 o.r.
• Frommann-Czernik, Barbara, Bonn: S. 20,
37 l. • IG Metall Wolfsburg: S. 15 o.r.
• Kehrein, Matthias, Bonn: S. 36 o.r. • Klöck,
Stephan, Berlin: S. 3, 32, 32/33, 34 o.r.
• Koch, Helmut, Aachen: S. 10 u. • Magunia,
Martin, Bonn: S. 34 o.l., 37 r. • picture
alliance: S. 4 o.l., 18, 25, 38 o.l. • picture
alliance/AP Images: S. 11 o.r. • picture
alliance/AP/Markus Schreiber: S. 30/31
• PUNCTUM/Alexander Schmidt, Leipzig:
S. 26/27, 29 u., 34 u.r., 35 u.l., 36 o.l. • Quint,

Laurent, Berlin: S. 6/7 • Rühmekorf, Cynthia,
Bonn: S. 36 u.l. • Schirmer, Michael, Berlin/
Bündnis 90/Die Grünen: S. 11 u.r. • Schleiner
+ Partner Kommunikation, Freiburg: S. 19
• Schmitt, Harald, Hamburg: S. 29 M.
• SCHWIND' Agentur für Zukunftskommuni-
kation, Bonn: S. 5 o.r., u. l. und u.M., 40
• @SPIEGEL 2/1999: S. 13 • Stiftung Haus
der Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-
land: S. 24, 28, 29 o. • Stiftung Haus der
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/
Horst Haitzinger: S. 12 • Stiftung Haus der
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/
Dieter Hanitzsch: S. 39 • Stiftung Haus der
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/
Axel Thünker, Bonn: S. 2/3, 15 u., 35 o.M.
• Stiftung Haus der Geschichte der Bundes-
republik Deutschland/Judith Oberländer,
Berlin: S. 34 u.l. • Stiftung Haus der
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/
Lorenz Wickert, Bonn: S. 9 u.M. • Stiftung
Haus der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland/Markus Würz, Bonn: S. 33
• Stiftung Haus der Geschichte der Bundes-

republik Deutschland, Berlin: S. 5 u.r.
• SZ Photo/Jenő Kovacs: S. 14 • ullstein bild/
S. 8, 9 u.l., 16/17 • ullstein bild/Henning
Christoph: S. 10/11 • Vollmer, Manfred,
Essen: S. 10 o.l. • Wilhelm, Timo, Bonn:
S. 4 o.r., 22/23 • Zint, Günter, Estorf: S. 4 u.r.

Vertrieb
Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland

Nachdruck und auszugsweise Verwendung,
auch für elektronische Zwecke, ist nur mit
ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der
Herausgeber gestattet. Für unverlangt
eingesandte Manuskripte und Originale
übernehmen die Herausgeber keine Haftung.
Die nächste Ausgabe erscheint am
14. Februar 2015.
Auflage 10.000
ISSN 1610-3556

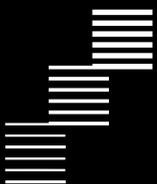
Internet
www.museumsmagazin.com



SCHAMILOS?

Sexualmoral im Wandel

14. November 2014 – 6. April 2015



Stiftung Haus der Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Ausstellung
Di–Fr 9–18 Uhr
Sa, So, Feiertage 10–18 Uhr
Eintritt frei